



Rentenpolitischer „Offenbarungseid“ von Rot-Grün

Als rentenpolitischen „Offenbarungseid“ hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Rentenbeschlüsse der Bundesregierung bezeichnet.

Es handle sich dabei um „schwere Zumutungen für die Rentnerinnen und Rent-

ner“, sagte Merkel nach Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand. Die Kombination aus höheren Pflegebeiträgen und einer Nullrunde sei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein bislang einmaliger Vorgang. *Fortsetzung Seite 2*

INHALT

LAURENZ MEYER:
Bundesregierung verwaltet
nur noch den Mangel
SEITE 3

EUROPAWAHL 2004
Pöttering Spitzenkandidat
SEITE 5

DOKUMENTATION
Zusammenlegung von Ar-
beitslosen- und Sozialhilfe
INNENTEIL

■ Vertragsregelungen zur LKW-Maut sind erklärungsbedürftig (Seite 4) ■ Reisebericht aus Simbabwe (Seite 5) ■ Deutschlandtag der JU in Cottbus – JU unterstützt CDU bei Reformbemühungen (Seite 6) ■ MIT-Bundeskongress – Peter Rauen im Amt bestätigt (Seite 6) ■ Dieter Althaus ist neuer Bundesratspräsident (Seite 7) ■ Föderalismus-Kommission kann Arbeit aufnehmen (Seite 7) ■ Christian Wulff setzt bei Reformen auf Gerechtigkeit und Barmherzigkeit (Seite 8) ■ Baden-Württemberg startet Verwaltungsportal von Land und Kommunen (Seite 8) ■ Kurz & bündig (Seite 9) ■ Konrad-Adenauer-Stiftung mit neuer Hauptabteilung „Politik und Beratung“ (Seite 10) ■ Andreas Storm, Hildegard Müller und Gerald Weiß: Kahl-schlag bei der Rente (Seite 11) ■ Katherina Reiche: Freiheit der Forschung beibehalten (Seite 12) ■ Günter Krings: Deutschland -generationengerecht!

Fortsetzung von Seite 1

Ausdrücklich machte die CDU-Vorsitzende die Bundesregierung für die aktuelle Krise der Rentenkassen verantwortlich. Rot-Grün habe nicht nur 1998 den demografischen Faktor abgeschafft, sondern auch die schlechte wirtschaftliche Lage herbeigeführt. Inzwischen gibt es in Deutschland 650.000 Beschäftigte weniger und damit auch entsprechend weniger Beitragszahler als im Vorjahr.

Irrweg Ökosteuern

Angela Merkel kündigte an, dass die CDU für die kurzfristigen Maßnahmen von Rot-Grün keine Haftung übernehmen werde, da es sich hierbei um ein klares Verschulden der Bundesregierung seit 1998 handle. Es sei einhellige Meinung in der CDU, dass es „mit einer unionsgeführten Bundesregierung niemals zu einer solchen Lage gekommen wäre“. In diesem Zusammenhang wies die CDU-Vorsitzende darauf hin, dass sich die Öko-

steuer als „vollkommener Irrweg“ erwiesen habe. Denn die Ökosteuern in Höhe von 18,8 Milliarden Euro habe die Probleme nicht gelöst, sondern nur „Strukturmaßnahmen“ verhindert. Dem pflichtete auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Gesundheit und soziale Sicherung, Andreas Storm, bei: „Wenn nun zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Renten um 0,85 Prozent gekürzt werden, dann bedeutet das, dass die Rentner in einer Art und Weise belastet werden, die mit einer ausgewogenen Verteilung von Lasten nichts mehr zu tun hat“, so Storm.

Die CDU/CSU-Fraktion habe bereits im Frühsommer die Regierung im Parlament aufgefordert, eine langfristige Reform in diesem Jahr in die Wege zu leiten. Die Regierung habe jedoch alle Warnungen in den Wind geschlagen. „Sie war nicht bereit, auf Warnungen der Rentenversicherungsträger im Frühsommer zugehen“, sagte Storm. Jetzt könne man nur noch die Notbremse ziehen.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.muermann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

LAURENZ MEYER:

Bundesregierung **verwaltet** nur noch den Mangel

Zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:

Erneut muss die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose nach unten korrigieren: Nachdem die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für dieses Jahr eine Fortsetzung der Stagnation vorhergesagt haben, wird auch die Bundesregierung ihre allzu optimistischen Versprechungen widerrufen müssen. Erneut zeigt sich, dass der Bundeshaushalt 2003/2004 komplett auf Sand gebaut ist.

Das Gutachten von heute heißt nichts anderes als: Rot-Grün beschert Deutschland das dritte Jahr Stagnation in Folge. Schröders Wirtschaftspolitik ist ein einziges Verwalten des Mangels; Wachstum und Mehren des Wohlstands in Deutschland hat dieser Kanzler als Ziel längst aufgegeben.

Für das kommende Jahr gilt das Prinzip Hoffnung: 1,7 Prozent Wachstum im Jahr 2004 – angesichts der tatsächlichen Wirtschaftspolitik von Rot-Grün kann man schon jetzt Wetten dar-



auf abzuschließen, wann die Wirtschaftsforscher auch diese Zahl nach unten korrigieren müssen.

Positive Impulse kommen allein aus dem Ausland. Rot-Grün hat mit dieser Entwicklung auf jeden Fall nichts zu tun. Im Gegenteil: Noch nie hat eine Bundesregierung Bürger und Unternehmen derart verunsichert wie die jetzige. Noch nie waren so viele Menschen arbeitslos, noch nie meldeten so viele Unternehmen Konkurs an. Über 40.000 Unternehmen steuern in diesem Jahr in die Pleite – das sind 110 pro Tag oder fünf in der Stunde.

Die logische Folge ist, dass die Zahl der Beschäftigten immer weiter zurückgeht. Im Vergleich zum Vorjahr arbeiten 650.000 Menschen weniger in Deutsch-

land. Auch dieser Trend wird sich weiter fortsetzen. Das heißt: Diese Menschen fehlen als Steuerzahler und Beitragszahler für die sozialen Sicherungssysteme. Auch die Hartz-Vorschläge werden an dieser traurigen Lage nichts ändern – das haben die Wirtschaftsforscher dem Kanzler heute noch einmal ausdrücklich bestätigt. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt werden so nicht gelöst. Die Botschaft der Forscher an den Kanzler heißt ganz eindeutig: Schröders Prinzip Hoffnung reicht nicht, um den Menschen in Deutschland endlich wieder Vertrauen in die Zukunft zu geben.

Die Regierung muss jetzt schleunigst die weitreichenden Vorschläge zu Arbeitsmarktreform, zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und zur Entbürokratisierung berücksichtigen, die die Union im Bundesrat eingebracht hat. Und erneut zeigt sich, dass die langfristige Reform der sozialen Sicherungssysteme und des Steuersystems dringend auf der Tagesordnung stehen.

Vertragsregelungen erklärungsbedürftig

Die für September geplante Einführung der LKW-Maut rückt weiter in die Ferne. Nachdem der Start wegen technischer und rechtlicher Probleme zunächst auf November 2003 verschoben wurde, ist jetzt der 1. Juli 2004 im Gespräch.

Nicht nur für das Verkehrsministerium und das Betreiberkonsortium ein peinlicher Vorgang, sondern ein Ansehensverlust des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Im Verkehrsausschuss des Bundestages haben in der vergangenen Woche die Experten der CDU Einsicht in Teile des 17.000 Seiten umfassenden Vertragswerkes erhalten und waren nach der Sitzung sichtlich unzufrieden mit den von der Bundesregierung ausgehandelten Vertragsdetails. Insbesondere die Frage der Konventionalstrafe sei mangelhaft gelöst worden.

„Einem monatlichen Schaden von 156 Millionen Euro steht zunächst lediglich ein Regressanspruch von 7,5 Millionen Euro gegenüber, rügte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer. Auch ab 1. April könnten 15 Millionen Euro einen monatlichen Einnahmeaus-

fall von dann 183 Millionen Euro nicht einmal ansatzweise ausgleichen. Die Regierung habe „ohne Rücksicht auf Verluste“ einen Vertrag zu Lasten des Steuerzahlers geschlossen, betonte Fischer. Nach Angaben des Ausschussvorsitzenden Eduard Oswald benötigten die Parlamentarier zunächst mehr Zeit, um die „komplizierte Rechtsmaterie“ zu sichten und zu bewerten. Fischer verwies darauf, dass in der Ausschreibung noch eine Vertragsstrafe von 9,5 Millionen Euro pro Tag vorgesehen sei. „Die Diskrepanz zur Vertragsregelung ist im höchsten Maße erklärungsbedürftig“, sagte der verkehrspolitische Sprecher.

Da ein Start der Maut vor dem 1. Juli nach Auffassung der CDU-Politiker unrealistisch sei, entstehe dem Bund voraussichtlich ein finanzieller Schaden von insgesamt 1,8 Milliarden Euro. Ob über die Vertragsstrafen hinaus Schadenersatzansprüche vor Gericht Bestand hätten, sei aber keineswegs sicher.

Hier ein inhaltlicher Auszug aus dem Rahmenvertrag:

■ **VERTRAGSSTRAFEN:** Vorgesehen ist ab dem dritten Monat nach Verstreichen des vereinbarten Termins der Maut-Erhebung eine Ver-

tragsstrafe von 250 000 Euro pro Tag, ab dem siebten Monat das Doppelte. Eine Begrenzung des Zeitraums gibt es nicht. Als Starttermin wurde der 31. August 2003 vereinbart.

■ **SCHADENERSATZ:** Die so genannten verschuldensabhängige Haftung bei Verletzung von Vertragspflichten wurde neben der Vertragsstrafe, also vor dem Start des Mautsystems, aus geschlossen. Der Haftungsausschluss gelte aber nur bei „fahrlässiger Nichterfüllung“, sagen Juristen. Für grob fahrlässiges, vorsätzliches oder bewusstes Handeln müsse das Unternehmen einstehen.

■ **KÜNDIGUNG:** Es gibt zwei Kündigungstermine. Sollte das System bis zum 15. Dezember 2003 nicht funktionieren, kann der Bund erstmals kündigen. In diesem Fall kann er entweder Schadenersatz fordern für bisherige und künftige Mauteinnahmen. Danach könnte der Bund die Projektgesellschaft Toll Collect entweder ganz oder teilweise selbst übernehmen oder an einen neuen Betreiber übergeben. Der zweite Kündigungstermin ist der 31. Mai 2004, wenn bis zu diesem Zeitpunkt der Probebetrieb noch nicht erfolgreich läuft.

Pöttering ist **CDU-Spitzenkandidat**

Der **CDU-Bundesvorstand** hat den **Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP), Hans-Gert Pöttering, zum Spitzenkandidaten für die Europawahlen im Juni 2004 nominiert.**

Er werde sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die EVP an ihren Wahlerfolg von 1999 anknüpfe, erklärte Pöttering. Die CDU stelle „die Mitte der EVP“ dar und werde auch weiterhin ein „Anwalt des Stabi-



litätspaktes“ sein. Zudem müsse die Reform der Europäischen Union weiter vorangetrieben werden: „Die Partei der Einheit Deutschlands ist auch die Partei der europäischen Ei-

nigung“, so der EVP-Fraktionsvorsitzende. Hans-Gert Pöttering ist seit 1979 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Vor vier Jahren wurde der CDU-Politiker zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion gewählt und trat damit die Nachfolge des früheren belgischen Premierministers Martens an. Die EVP stellt mit 232 Abgeordneten aus 15 Mitgliedsländern die weitaus größte Fraktion im Europäischen Parlament dar.

Druck auf Mugabe **verstärken**

Der **CDU-Bundestagsabgeordnete Egon Jüttner fordert nach einer Reise ins afrikanische Simbabwe verstärkten Druck der internationalen Gemeinschaft auf Präsident Mugabe:**

Trotz einer für afrikanische Verhältnisse guten Infrastruktur verschärft sich die Wirtschaftskrise in Simbabwe weiter. Farmbesetzungen und -enteignungen haben zu einem drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion geführt. Die Inflation liegt bei ca. 500 %, Benzin ist nur auf

dem Schwarzmarkt zu erhalten, die Banken zahlen nur noch in äußerst geringem Umfang Bargeld aus. Von den 12 Millionen Einwohnern des Landes müssen ca. 5 Millionen durch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen ernährt werden.

Verantwortlich für diese Situation ist das Regime Präsident Mugabes, das sich durch Wahlfälschung, Einschüchterung der Opposition und die Instrumentalisierung der Landreformfrage für politische Zwecke an der Macht hält. Die Menschen leiden

unter eklatanten Menschenrechtsverletzungen und einer Hungersnot, die in der einstigen Kornkammer Afrikas ihre Ursachen in Mißwirtschaft und politischer Willkür hat. Weder die Nachbarstaaten, für die Simbabwe zunehmend zu einem Faktor der Instabilität wird, noch die internationale Gemeinschaft können sich der Verantwortung für die betroffenen Menschen entziehen. Sie müssen ihre – wenn auch relativ bescheidenen – Möglichkeiten einsetzen, um auf die weitere Entwicklung in Simbabwe Einfluß zu nehmen.

Junge Union **unterstützt** Reformkurs der CDU

Die Junge Union unterstützt die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bei der Durchsetzung des Herzog-Konzepts. Der Vorsitzende der Nachwuchsorganisation von CDU und CSU, Philipp Mißfelder, forderte Merkel am Samstag auf dem Deutschlandtag der JU in Cottbus auf, in dieser Frage „standhaft“ zu bleiben.

Merkel erläuterte den rund 330 Delegierten die Herzog-Pläne. In ihrer Rede ging Merkel scharf

mit der Rentenpolitik der Regierung ins Gericht. Ursache für die prekäre Finanzlage in den Rentenkassen sei allein die „desaströse Rentenpolitik“ von Rot-Grün. „Die Union wird Flickschusterei bei der Rente nicht mitmachen“, sagte die Parteivorsitzende. Allerdings, so Merkel, seien die Rentenbeschlüsse zum größten Teil nicht im Bundesrat zustimmungspflichtig. Die SPD habe in 16 Jahren Oppositionszeit nichts getan, um

sich auf die Regierungszeit vorzubereiten. Sie habe nicht die Absicht, diesen „grandiosen Fehler“ zu wiederholen, erklärte die CDU-Vorsitzende.

JU-Chef Mißfelder wies darauf hin, wie wichtig es sei, die öffentliche Diskussion über das Herzog-Konzept zu suchen. Mißfelder zeigte sich überzeugt, dass auch die ältere Generation zum Verzicht bereit sei, wenn man ihnen klar sage, dass es um die Chancen auf Wohlstand für die Jüngeren gehe.

MIT-BUNDESKONGRESS

Rauen im Amt **bestätigt**

Die Delegierten des MIT-Bundeskongresses haben den Vorsitzenden Peter Rauen mit 98,2 Prozent (81,7 Prozent in 2001) für weitere zwei Jahre an die Spitze der Vereinigung gewählt.

Als Stellvertreter wählte die Versammlung Barbara Ahrons (Hamburg), Hartmut Schauerte (NRW), Christian Ehler (Brandenburg), Josef Schlarmann (Niedersachsen), Jürgen Presser (Saar-

land) und Hans Michelbach (Bayern). Zur Verabschiedung des MIT-Programms „Kölner Leitsätze“ erklärte der alte und neue Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rauen, seine grundsätzliche Zustimmung zu den Herzog-Vorschlägen: „Die Kosten für die soziale Sicherung müssen weitestge-



hend vom Faktor Lohn abgekoppelt werden.“ Bei der Kranken- und Pflegeversicherung müsse mit Prämien auf Kapitaldeckung und mehr Eigenbeteiligung umgeschwenkt werden. „Die Bürgerversicherung ist mit der MIT nicht zu machen“, so Rauen. Der Vorsitzende kündigte an, dass die Mittelstandsvereinigung ihre Positionen auf dem CDU-Bundesparteitag Anfang Dezember einbringen werde.

Dieter Althaus **neuer Präsident** des Bundesrates

Der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus ist neuer Bundesratspräsident. Der Bundesrat wählte Althaus in der vergangenen Woche turnusgemäß für eine Amtszeit von einem Jahr.

Er ist damit Nachfolger des ausscheidenden Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, der künftig das Amt des Vizepräsidenten einnimmt. Traditionsgemäß erfolgte die Wahl durch Aufruf der Länder. Für die kommen-



den Bundesratssitzungen erwartet Althaus vor allem Nachbesserungen bei den vom Bundestag beschlossenen Hartz-Gesetzen. Er gehe fest davon aus, dass sich der Vermittlungsausschuss mit

der Zusammenführung der Vorschläge von Union und Bundesregierung beschäftigen werde. Dieter Althaus ist erst seit vier Monaten Ministerpräsident in Thüringen. Anfang der 90er Jahre war er Kultusminister. Im Jahr 2000 hatte er die Fraktionsführung der Union im Landtag in Erfurt übernommen.

[http://](http://www.bundesrat.de)

Weitere Informationen
zu den Ergebnissen
der Bundesrats-
sitzungen:
www.bundesrat.de

FÖDERALISMUS-KOMMISSION KANN BEGINNEN

Neuordnung des Bund-Länder-Verhältnisses

Die Föderalismus-Kommission kann endgültig ihre Arbeit aufnehmen. Nach dem Bundestag stimmt auch der Bundesrat mit den Voten aller Länder der Einsetzung des Gremiums zu.

Die Kommission soll bis Ende 2004 Vorschläge für eine grundlegende Neuordnung des Kräfteverhältnisses zwischen Bund und Ländern ausarbeiten. Sach-

sen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer meinte, es bestehe Konsens, dass etwas geschehen müsse.

Das Gremium soll am 7. November seine Arbeit aufnehmen. Themen sind die Reduzierung der Zahl der zustimmungsbedürftigen Gesetze auf der einen und die Stärkung der Länderkompetenzen auf der anderen Seite. Auch über

die Finanzverfassung soll gesprochen werden.

In der Kommission sind Bundestag und Bundesrat mit je 16 Vollmitgliedern vertreten. Ihr gehören außerdem Vertreter der Bundesregierung (4), der Landtage (6) und der Kommunen (3) an. Stimmberechtigt sind allerdings lediglich die Mitglieder von Bundestag und Länderkammer.

Wulff: Gerechtigkeit und Barmherzigkeit

„Unsere globalisierte Welt wird immer unberechenbarer. Deshalb müssen wir gemeinsame Werte und Ziele formulieren, auch wenn wir unterschiedliche Weltanschauungen haben“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff bei einem Vortrag zu dem Thema „Gerechtigkeit und Barmherzigkeit“.

Werte seien keine abstrakten Begriffe. „Jeder von uns muss Werte mit Leben füllen und anderen vorleben.“ In einer Gesellschaft seien Probleme nur mit gemeinsamen Wertvorstellungen und Visionen zu lösen, sagte Wulff. Dazu gehörten Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Solidarität. Solidarität bedeute, sich für Menschenrechte, Pflegebe-



dürftige und sozial Schwache einzusetzen. „Dafür müssen wir dringend die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland umbauen.“ Die alternde Bevölkerung bei sinkender Geburtenrate, hohe Arbeitslosenzahlen und immense Staatsschulden forderten eine gründliche Reform des Sozialstaats, sagte Wulff. „Das funktioniert allerdings nur mit mehr Eigenverantwortung derer, die dazu in der Lage sind. Der Staat ist auf-

gerufen, den Menschen dazu Spielräume zu eröffnen.“ Ministerpräsident Wulff gab zu bedenken, dass die Gesellschaft heute nicht nur unter materieller Armut, sondern auch an zwischenmenschlicher Armut leide: Kinder würden mit Videospiele oder Fernsehgeräten abgespeist. „Wir müssen auch diese Armut entdecken und dabei ist Barmherzigkeit gefordert“, appellierte Wulff. Gerechtigkeit müsse mit Barmherzigkeit ergänzt werden, um zu der wirklichen sozialen Tugend zu werden, die Staat und Gesellschaft dringend bräuchten: „Die modernen Demokratien haben vom Christentum gelernt, dass Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit arm ist. Dies dürfen wir nicht vergessen!“

GEMEINSAMES VERWALTUNGSPORTAL

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat in der vergangenen Woche das Verwaltungsportal www.service-bw.de freigeschaltet. Unter dieser Internet-Adresse können sich künftig Bürger, Unternehmen, Verbände und Verwaltungsmitarbeiter über Behörden und öffentliche Stel-

len in Baden-Württemberg sowie über Verwaltungsdienstleistungen und -abläufe informieren sowie einzelne Verwaltungsvorgänge elektronisch abwickeln. Im Einzelnen bietet das Verwaltungsportal: ■ einen Behördenwegweiser. Schon jetzt sind darin rund 8.500 öffentliche Stellen, dar-

unter alle Schulen, Polizeidienststellen, Gerichte, Grundbuchämter und sämtliche Kommunen ■ Einzelne Lebenslagen und Themenkomplexe wie beispielsweise Geburt, Hochzeit, Umzug ■ Beschreibungen wichtiger Verwaltungsdienstleistungen. ■ Formulare und online-Dienste.

ANSTIEG DER INSOLVENZEN

hält weiter an. Für Juli 2003 wurden von den deutschen Amtsgerichten nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes 9.186 Insolvenzfälle gemeldet, davon 3.584 von Unternehmen und 5.602 von anderen Schuldner. Dies ist gegenüber Juli 2002 eine Zunahme der Gesamtzahl der Insolvenzen um 20,8%, der Unternehmensinsolvenzen um 8,5% und der Insolvenzen der anderen Schuldner um 30,2%. Insbesondere die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag dabei um 55,1% höher als vor Jahresfrist.

RENTENKÜRZUNG

unzumutbar. Beinahe zwei Drittel der Bundesbürger (62 Prozent) halten die von der Regierung geplante Rentenkürzung im kommenden Jahr für unzumutbar. In einer Umfrage von Infratest-Dimap für die ARD-„Tagesthemen“ gaben lediglich 32 Prozent der Befragten an, der Verzicht auf eine Rentenerhöhung 2004 in Kombination mit einer höheren Eigenleistung der Rentner bei der Pflegeversicherung sei zumutbar.

ARBEITSLOSIGKEIT

steigt 2004. Die sechs führenden deutschen Wirt-

schaftsforschungsinstitute gehen trotz eines konjunkturellen Aufschwungs von einer steigenden Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr aus. Danach wächst die Wirtschaft um 1,7 Prozent, wovon allerdings 0,6 Prozentpunkte auf den Wachstumseffekt von vier zusätzlichen Arbeitstagen im Jahr 2004 entfallen. Die Institute sagen einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahl um rund 50.000 im Jahresdurchschnitt auf 4,45 Millionen voraus. Die Zahl der Arbeitsplätze werde noch einmal um rund 100 000 zurückgehen.

ARBEITSPLÄTZE

statt Weihnachtsgeld. Mehr als zwei Drittel der Deutschen (67 Prozent) würden auf Weihnachtsgeld verzichten, wenn sie damit Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen retten könnten.

START ONLINE-UMFRAGE

„Perspektive Deutschland“. Unter Schirmherrschaft von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker ist am Donnerstag in Berlin die Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“ gestartet worden, die bis 31. Dezember läuft. Bei der nach Angaben der Veranstalter größten gesellschaftspolitischen Internetbefragung der Welt soll

die Reformbereitschaft der Deutschen erkundet werden. Zur Umfrage geht es unter www.perspektive-deutschland.de.

HÖHERE RENTENBEITRÄGE

kosten 200.000 Jobs. Holger Schäfer vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hält einen Abbau von bis zu 200.000 Jobs für möglich. „Höhere Beiträge würden die anziehende Konjunktur wieder abbremsen“, sagte er zur Begründung. Auch der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Rainer Wend (SPD), lehnt höhere Rentenbeiträge ab. „Das wäre eine typisch sozialdemokratische Ausweichreaktion“, sagte Wend dem „Tagespiegel“.

MITGLIEDERVERLUSTE

bei Gewerkschaften. Die großen Gewerkschaften haben in diesem Jahr bereits mehr als 180.000 Mitglieder verloren. Allein der IG Metall mit derzeit 2,59 Millionen Mitgliedern gehören 90.000 weniger Menschen an als am Jahresanfang. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di verzeichnet ein Minus von 50.000 Mitgliedern (jetzt 2,69 Millionen), bei der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) sind es 30.000.

PuB – die neue Denkfabrik

Politische Entscheidungsprozesse in modernen und hoch technisierten Gesellschaften machen eine wissenschaftlich fundierte und anwendungsorientierte Politikberatung unabdingbar.

Die immer komplexer werdenden nationalen und internationalen Herausforderungen verleihen dem Rat von Experten eine stetig wachsende Bedeutung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung trägt diesen Erfordernissen Rechnung und hat ihr Netzwerkwissen und ihre Beratungskompetenz in der neu strukturierten Hauptabteilung „Politik und Beratung“ (PuB) in Berlin gebündelt. Dort werden praxisorientierte Lösungsansätze für aktuelle Fragestellungen in den Bereichen Innenpolitik, Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Europäische Integration sowie Außen- und Sicherheitspolitik erarbeitet. Rund 20 Wissenschaftler sind in vier Arbeitsgruppen gegliedert, die sowohl Politikberatung, wie auch Politikerberatung bieten.

Die Schwerpunkt-Aufgaben der neuen Hauptabteilung sind:



Konrad
Adenauer-
Stiftung

I. Analyse und Beratung

Politik und Beratung analysiert langfristige innen-, gesellschafts-, wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Entwicklungen und speist die erarbeitete Expertise in politische Entscheidungsprozesse (Parlament, Administration, Partei) ein. Darüber hinaus werden der vorpolitische Raum und die jeweiligen „Communities“ für politische Herausforderungen sensibilisiert. Dabei kommen folgende Instrumente zum Einsatz:

Kurzpapiere und schriftliche Analysen, direkte politische Beratung über politische Gremien und bilaterale Kontakte, Konferenzen und Tagungen, in denen Expertenwissen gesammelt und zu operationalisierbaren Empfehlungen aufbereitet wird.

II. Ideenwerkstatt

Im Sinne einer Antennenfunktion werden politisch

bedeutsame Entwicklungen und Zukunftsfragen identifiziert und artikuliert, um damit als politisches Frühwarnsystem für politische Entscheidungsträger zu dienen. Zu diesem Zweck hält die Hauptabteilung enge Verbindungen zur Wissenschaftslandschaft und zu den „Denkfabriken“ in Deutschland sowie zu den „Think Tanks“ im Ausland.

III. Politikvermittlung

Vielschichtige und kontroverse politische Entscheidungen bedürfen nicht allein der inhaltlichen Vorbereitung, sondern auch der Vermittlung in die breite Öffentlichkeit, damit politisches Handeln transparent wird. Mit Artikeln in Fachzeitschriften oder Tagespresse, mit Vorträgen vor Multiplikatoren oder mit Auftritten in Hörfunk und Fernsehen erläutern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hauptabteilung Politik und Beratung schwierige Zusammenhänge in verständlicher Form und fördern damit den öffentlichen Diskurs als Kernelement demokratischer Entscheidungsfindung.

ANDREAS STORM
HILDEGARD MÜLLER
GERALD WEIB:

Kahlschlag bei der Rente

Zu den Beschlüssen des gestrigen Rentengipfels der Bundesregierung erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die zuständigen Berichterstatter:

Nachdem die Bundesregierung mit ihrer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten fünf Jahre die gesetzliche Rentenversicherung in die größte Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik geführt hat, greift sie – wie in den vergangenen beiden Jahren – erneut zu völlig willkürlichen Notmaßnahmen, um den Rentenbeitrag in den Griff zu bekommen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik werden die Renten gekürzt. Außerdem wird die finanzielle Eigenständigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in Frage gestellt. Dieser Kahlschlag bei der Rente – gerade einmal zwei Jahre nach der angeblichen Jahrhundertrentenreform – ist ein einmaliger rentenpoliti-



scher Offenbarungseid der Bundesregierung.

Im nächsten Jahr erhalten die Rentner nicht nur keine Rentenanpassung mehr, sondern ihre Renten werden sogar um 0,85 Prozentpunkte gekürzt. Neben der Verschiebung der Rentenanpassung 2004 auf den 1.1.2005 müssen die Rentner ab 1.4. 2004 ihre Pflegeversicherungsbeiträge allein zahlen. Der bisherige hälftige Anteil der Rentenversicherung entfällt. Eine solche willkürliche Rentenkürzung wird die Union nicht mitmachen.

Die beschlossene Absenkung der Schwankungsreserve auf nur noch 0,2 Monatsausgaben bedeutet nichts anderes als den Anfang vom Ende der eigenständigen gesetzlichen Rentenversicherung. Die Rentenversicherung wird damit in die nächste Finanzkrise geführt, weil sie bei diesem Schritt gezwungen ist, ihr letztes Tafelsilber, nämlich ihre Wohnraumbeteiligungen, zu veräußern.

Die Reserve hat die Aufgabe, Beitragssatzsteigerungen abzupuffern. Um diese

Puffer-Funktion zu erfüllen, ist die Reserve eher zu niedrig und müsste mittelfristig angehoben werden.

Genau dies haben sowohl die Rürup-Kommission als auch die Herzog-Kommission in ihren Abschlussberichten gefordert. Die Regierung macht nun das genaue Gegenteil.

Nach einer Absenkung der Reserve auf nur noch rd. 3 Mrd. Euro hinge die Rente bei jeder auch nur geringfügigen Konjunktverschlechterung am Tropf des Bundesfinanzministers. Die Frage, ob es eine Rentenerhöhung gibt und wie hoch diese ausfällt, würde je nach Kassenlage des Bundeshaushalts entschieden. Diskussionen über die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors in der neuen Rentenformel kann man sich dann eigentlich sparen.

Die Verschiebung der Rentenauszahlung für Neurentner auf das Monatsende ist allein finanziellen Zwängen geschuldet und macht die Betroffenen zu Rentnern zweiter Klasse. Durch die Rücknahme des Gesetzesbeschlusses vom vergangenen Freitag, in dem die Reduzierung des Bundeszuschusses um 2 Mrd. Euro verabschie-

det wurde, beweist die Koalition zudem einmal mehr die Kurzatmigkeit ihrer Politik. Eine Verfallszeit von lediglich 48 Stunden bei Gesetzesbeschlüssen ist wohl einmalig.

Erfreulich ist, dass die Bundesregierung endlich bereit ist, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rentenbesteuerung umzusetzen und ihre total verkorkste Riester-Rente grundlegend zu vereinfachen. Um die Frage einer Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze auf 67 Jahre hat sich die Regierung durch das Aufschieben einer Entscheidung bis 2010 aber ebenso herumgedrückt wie um eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Rente. Die Rentenbeschlüsse der Bundesregierung sind deshalb völlig unzureichend und noch keine Blaupause für eine langfristige und nachhaltige Reform der gesetzlichen Rentenversicherung.

KATHERINA REICHE:

Freiheit der Forschung be- halten

Die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte



zur Anhörung „Neuordnung der bildungs- und forschungspolitischen Zuständigkeiten“ des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung:

Die Forschung in Deutschland braucht keine Entflechtung sondern mehr Verflechtung. Die Freiheit der Forschung garantiert durch Artikel 5 Absatz 3 GG wird in höherem Maße durch eine Mischfinanzierung als durch einseitig institutionelle Abhängigkeiten garantiert. Das bisherige Verantwortungs- und Finanzierungssystem von Bund und Ländern hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. In einem System von „checks and balances“ ist Wissenschaftsfreiheit am besten zu garantieren. Das ist die Auffassung der Sachverständigen, auch der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Die bisherige gemeinsame Bildungsplanung in der Bund-Länder-Kommission (BLK) kann entfallen

und von den Ländern allein übernommen werden. Bürokratischer Aufwand für den Abstimmungsprozess und Ertrag der Ergebnisse im Bereich Bildung stehen in keinem Verhältnis.

Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau muss entgegen der Position des Bundes erhalten bleiben. Die Abschaffung würde den Abbruch des Aufholprozesses in den neuen Ländern bedeuten. Zudem geriete die Drittmittelfähigkeit der Hochschulen in Gefahr.

Die berufliche Bildung muss im Zuständigkeitsbereich des Bundes bleiben. Eine Rechtszersplitterung durch divergierende Länderregelungen wäre ein Rückschritt.

GÜNTER KRINGS:

Deutschland – generationen- gerecht!

Anlässlich der Verabschiedung des Papiers „Deutschland – generationengerecht!“ auf der Klausurtagung der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte der Vorsitzende der Jungen Gruppe:

Die Junge Gruppe fordert in ihrem auf einer Klausurtagung beschlossenen Posi-



tionspapier „Deutschland – generationengerecht!“, dass bei den anstehenden Reformen in den vier Zweigen der Sozialversicherung alle Generationen – entsprechend ihrem Leistungsvermögen – ihren Beitrag erbringen müssen. Wenn jetzt nicht grundlegend umgesteuert wird, würde die Altersarmut in Deutschland in wenigen Jahrzehnten zu einem Massenproblem werden. Die Junge Gruppe betont, dass bei allen anstehenden Reformen die Jungen – aufgrund ihrer noch längeren Lebenserwartung – den größten Beitrag leisten werden.

Ausgangspunkt aller Reformvorschläge ist die Erkenntnis, dass die Grundlagen des Generationenvertrages, nämlich eine weitestgehende Vollbeschäftigung und eine intakte Alterspyramide in Deutschland, schon seit Jahren nicht mehr gegeben sind. Bei der Überprüfung aller sozialen Sicherungssysteme ist dem Kriterium der Demographieanfäll-

igkeit Rechnung zu tragen.

In der Krankenversicherung fordert die Junge Gruppe mittelfristig einen Systemwechsel hin zu einem Prämienmodell. Denn nur ein Prämienmodell kann Altersrückstellungen schaffen und ist somit demografiefest. Darüber hinaus bietet das Modell der Gesundheitsprämie die Chance, die Krankenversicherungsbeiträge von den Lohnkosten abzukoppeln und damit Arbeit wieder kostengünstiger zu machen. Notwendig erscheint der Jungen Gruppe darüber hinaus ein Paradigmenwechsel weg von einem Vollkaskoverständnis und der Standardsicherung hin zu einer echten Risikoabsicherung. Nur die größeren Krankheitsrisiken werden in Zukunft noch von der Krankenversicherung getragen werden können.

Auch die Pflegeversicherung ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen so nicht mehr finanzierbar und ist deshalb in eine verpflichtende Privatversicherung zu überführen.

Bei der Rentenversicherung fordert die Junge Gruppe die schnellstmögliche Wiedereinführung des demografischen Faktors, der die Entwicklung in der Alterspyramide abbildet. Um

die Rentenkassen dauerhaft wieder zu stabilisieren, ist es unumgänglich, dass die Lebensarbeitszeit in Deutschland wieder spürbar ansteigt. Um Arbeitgeber zu bewegen, wieder mehr ältere Menschen zu beschäftigen, ist es nach Auffassung der Jungen Gruppe unabdingbar, das starre Korsett des Arbeits- und Sozialversicherungspaktes aufzubrechen: Die Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, die verstärkte Orientierung der Entlohnung an der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Abschläge auf die Lohnnebenkosten können solche Anreize schaffen.

Die Reformen in den Sozialversicherungssystemen müssen dabei von einer Förderung der Familien in Deutschland, einer grundlegenden Stärkung der Bildung sowie einer Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit flankiert werden.

Als politisches Instrumentarium zur Durchsetzung von mehr Generationengerechtigkeit fordert die Junge Gruppe die Einführung einer jährlich vorzulegenden Generationenbilanz, eine generelle Generationenverträglichkeitsprüfung bei Gesetzentwürfen sowie einen „Zukunfts-ausschuss“ als Querschnittsausschuss des Bundestages.



Romé/Canasta-Spielkarten

Bestell-Nummer: 9261
 Preis je 5 Stück: 11,00 €
 inkl. MwSt.: 13,00 €

~~7,00 Euro~~
~~8,12 Euro~~

RESTPOSTEN!

Skatspiel „Deutsches Blatt“

Bestell-Nummer: 9507
 Preis je 50 Stück: 25,00 €
 inkl. MwSt.: 29,00 €

~~20,00 Euro~~
~~23,20 Euro~~



RESTPOSTEN!



RESTPOSTEN!



Skatspiel „Französisches Blatt“

Bestell-Nummer: 9540
 Preis je 50 Stück: 25,00 €
 inkl. MwSt.: 29,00 €

~~20,00 Euro~~
~~23,20 Euro~~



Straßenatlas Deutschland

Mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: 9260
 Preis je 10 Stück: 15,00 €
 inkl. MwSt.: 17,40 €



Papertaschentücher

Bestell-Nummer: 9637
 Preis je 126 Stück: 23,00 €
 inkl. MwSt.: 26,68 €



Parkscheibe „Mit uns fährt man besser“

Bestell-Nummer: 9814
 Preis je 100 Stück: 28,63 €
 inkl. MwSt.: 33,21 €



CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: 9658
 Preis je 1 Stück: 7,70 €
 inkl. MwSt.: 8,93 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle.

Ausstattung: Vorder und Taschenreissverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband, mit Stopper und integrierter Kapuze.

Bestell-Nummer Größe L: 9840
Bestell-Nummer Größe XL: 9841
Bestell-Nummer Größe XXL: 9842

Preis je 1 Stück: 28,00 €
inkl. MwSt.: 32,48 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162.33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.